

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2015

**DER DELEGATION FÜR DIE
PARLAMENTARIER-KOMMISSION
BODENSEE**

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee (PKB) ist neben der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und dem Bodenseerat ein Gremium, das sich auf der Ebene der Abgeordneten der Länder und Kantone des Bodenseeraums der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit widmet.

Die PKB, deren konstituierende Sitzung am 17. Juni 1994 in Bregenz stattfand, ist ein kooperativer Zusammenschluss der an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder und Kantone Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zürich und Fürstentum Liechtenstein.

Das Fürstentum Liechtenstein wurde Ende 1998, gleichzeitig mit dem Kanton Zürich, in die Parlamentarier-Kommission Bodensee aufgenommen.

Ziel und Aufgabe der Zusammenarbeit der Parlamentsvertreter der Bundesländer und Kantone im Bodenseegebiet besteht darin, gemeinsame grenzüberschreitende Probleme in einem ständigen Informations- und Meinungsaustausch zu erörtern. Jedes Land und jeder Kanton der PKB kann maximal drei Mitglieder des Parlaments zur Mitwirkung in die Kommission entsenden.

Gemäss den Verfahrensregeln findet auch jeweils ein Informationsaustausch zwischen der PKB und der IBK (eine Organisation auf Regierungsebene) statt. Dieser erfolgt durch einen mündlichen Bericht eines Vertreters der IBK an jeder Sitzung. Seit dem Jahre 2000 wird auch über die Tätigkeiten des Bodenseerates – ein auf privater Basis bestehendes Gremium mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur der Bodenseeregion – orientiert.

Die PKB tritt für gewöhnlich zweimal jährlich unter dem Vorsitz des gastgebenden Kantons oder Landes zusammen. Es sind dies die Frühjahrs- und die Herbsttagung. Der Vorsitz erstreckt sich jeweils über die Dauer von einem Jahr. 2015 führte das Land Baden-Württemberg Vorsitz, 2016 wird ihn der Kanton Zürich innehaben. Zudem findet für gewöhnlich einmal im Jahr eine Präsidentenkonferenz statt.

Im Berichtsjahr 2015 vertraten Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter), die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze und der stellvertretende Abgeordnete Peter Wachter den liechtensteinischen Landtag bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee.

Zur Lösung der Mautfrage im Vierländereck wurde auf Anregung der PKB vom Herbst 2014 auf Anfang 2016 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, bei der auch die Liechtensteinische Parlamentarierdelegation mit der Vertreterin Helen Konzett Bargetze Einsitz genommen hat. Ziel dabei ist die Einrichtung einer gemeinsamen Mautlösung für die Bodensee-Region zur Verbesserung der Verkehrssituation im 4-Länder-Eck Deutschland-Österreich-Schweiz-Liechtenstein.

Mitgliedsorganisationen in der Verkehrs-Arbeitsgruppe sind neben der Parlamentarier-

konferenz Bodensee auch der Internationale Städtebund ISB und die Internationale Bodenseekonferenz IBK.

An der ersten gemeinsamen Sitzung vom 22. Januar 2015 in Bregenz wurde mit Vertretern aus allen Ländern und Institutionen zusammen mit Experten der Entwurf einer Erklärung diskutiert und verabschiedet. An der zweiten Sitzung vom 9. September - ohne Liechtensteiner Beteiligung - wurden Zwischenergebnisse präsentiert und der Text wurde spezifiziert. An der Herbsttagung der Parlamentarierkonferenz Bodensee wurde im Plenum der Erklärungsentwurf vorgestellt und besprochen. Das Fazit aus dem als Zwischenergebnis bezeichneten Erreichten und aus den rechtlichen Hürden und Bedenken wurde gezogen, um daraus folgende Ziele zu formulieren: Bis Frühling 2016 soll in der Bodenseeregion eine qualifizierte Meinungsbildung zur angestrebten Lösung erreicht werden und es soll so rasch wie möglich eine gemeinsame Regelung getroffen werden.

Deshalb besteht die Arbeitsgruppe weiterhin und koordiniert die nächsten Schritte zur Erreichung einer gemeinsamen Regelung, einer Ausnahmeregelung oder einer mautfreien Zone im Bodenseeraum.

44. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Die 44. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (Frühjahrstagung) fand am 27. März 2015 auf der Insel Mainau in der Comturey unter dem Vorsitz von Baden-Württembergs Landtagspräsident Wilfried Klenk statt. Der Landtag war an dieser Tagung durch Landtagspräsident Albert Frick als Delegationsleiter und die Abgeordneten Helen Konzett Bargetze und Christoph Beck vertreten.

Nach der Eröffnung, der Grussbotschaft und der Genehmigung des Protokolls der 43. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee widmeten sich die Sitzungsteilnehmer zuerst einem Kurzbericht des Bodenseerats, dessen Präsident Dr. Arthur Loepfe den Bericht vortrug. Er betonte in seinem Vortrag insbesondere die Wichtigkeit von Kooperationen im Bodenseeraum. Auch wurde die Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz kurz thematisiert.

Anschliessend präsentierte Josef Büchelmeier als Geschäftsführer des Internationalen Städtebundes Bodensee in Vertretung von Präsident Markus Linhart einen Kurzbericht und ging dabei insbesondere auf die Strukturen des Städtebundes ein. Ebenfalls thematisierte er die Internationale Bodensee-Hochschule in Dornbirn, das E-Government und die Verkehrsthematik, dabei insbesondere das Thema MAUT.

Danach folgte ein Vortrag zum INTERREG-V-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ von Dr. Tobias Schneider, Regierungspräsidium Tübingen. Dieser Vortrag bildete den Schwerpunkt der Tagung und es wurde dazu auch eine Resolution verabschiedet.

Das INTERREG-Programm dient dazu, unterschiedliche Projekte im Bodenseeraum und

darüber hinaus zu fördern und dabei einzelne Projektträger zusammenzubringen. INTERREG ist ein Strukturfondsprogramm der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, an dem sich auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz und Liechtenstein beteiligen können. Die Verantwortung für das Programm ist allerdings regional verankert.

Wie schon erwähnt, verabschiedete die Parlamentarier-Konferenz dazu eine Resolution wie folgt:

„Resolution INTERREG-V-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“

1. Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee begrüsst die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg, Bayern, dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweiz und Vorarlberg im Rahmen des neuen INTERREG-V-Programms „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“.

2. Sie begrüsst zudem die thematisch ausgewogene Ausrichtung des neuen Programms, insbesondere mit seinen Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Infrastruktur, Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Standortattraktivität, Raumplanung, Umwelt- und Naturschutz, Kultur sowie Gesundheit und Soziales. Die thematisch ausgewogene Programmausrichtung gewährleistet einen hohen grenzüberschreitenden Mehrwert. Eine besondere Bedeutung kommt dabei nach Auffassung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee Begegnungsprojekten zu.

3. Die deutlich verbesserte Ausstattung mit Fördermitteln ist ein klares Bekenntnis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

4. Die nahezu vollständige Ausschöpfung der Fördermittel im Rahmen der Vorgängerprojekte und die schon jetzt vorliegenden über fünfzig Projektideen sind ein eindrucksvoller Beleg für die Notwendigkeit der Fortführung des INTERREG-Programms in der Region und für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen und Kontakte.

5. Die Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten zwischen Partnern der Bodenseeanrainerländer und –kantone ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den vier Bodenseeanrainerstaaten.

6. Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee appelliert an die Entscheidungsträger in der Region, sich mit konkreten Projekten in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubringen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kein Selbstläufer. Sie bedarf daher der fortlaufenden Hinwendung zum Nachbarn und des eigenen Engagements.“

Anschliessend erstattete noch die Arbeitsgruppe „Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz“ Bericht. Die Berichterstattung übernahm Josef Büchelmeier, Geschäftsführer Internationaler Städtebund Bodensee. Dabei wurde insbesondere die Möglichkeit einer neuen Mautregelung diskutiert.

45. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Die 45. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee, die so genannte Herbsttagung, fand am 23. Oktober 2015 im Neuen Schloss in Meersburg statt. Liechtenstein wurde dabei vom Landtagspräsidenten Albert Frick (Delegationsleiter) und der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze vertreten. Den Vorsitz der Sitzung hatte erneut Baden-Württembergs Landtagspräsident Wilfried Klenk inne.

Nach der Eröffnung, der Begrüssung der Teilnehmer und der Genehmigung des letzten Protokolls folgte ein Vortrag von Prof. Dr. Sebastian Wörwag, dem Vorsitzenden der Internationalen Bodensee-Hochschule IBH und Rektor der FH St. Gallen zu den geplanten Kompetenznetzwerken (IBH-Labs).

Dabei stellt er die IBH und ihre Wirkung auf die Region vor. Die IBH ist ein dynamischer Hochschulverbund. Ihr Beitrag zum Bildungsraum liegt insbesondere im Angebot von grenzüberschreitenden Masterstudiengängen, bei denen mehrere Hochschulen länderübergreifend Studierende im gemeinsamen Austausch weiterbilden. Die IBH Labs sollen im Verhältnis zu den bestehenden Einzelprojekten gewisse Themengebiete und Themenkomplexe aufgreifen, welche über mehrere Jahre durch die Verbindung von Hochschule und Praxis bearbeitet werden sollen.

Anschliessend erfolgte wie schon an der Frühjahrstagung ein Bericht der Arbeitsgruppe „Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz“. Abermals berichtete dazu Josef Büchelmeier, Geschäftsführer des Internationalen Städtebunds Bodensee. Die Thematik einer neuen Mautregelung stand dabei erneut im Vordergrund der Diskussionen.

Als nächstes Traktandum wurde die Thematik von einheitlichen Funkfrequenzen für die Schifffahrt am Bodensee diskutiert. Dazu berichtete insbesondere Cornelia Michalke, Mitglied des Vorarlberger Landtags. Sie machte insbesondere Ausführungen zum aktuellen Stand der Dinge bezüglich einheitlichen Funkfrequenzen für die Schifffahrt am Bodensee im Lichte des Vertrags der World Radiocommunication Conference, in dem alle Frequenzen und Nutzungen weltweit geregelt sind.

Danach widmete sich die Parlamentarier-Konferenz Bodensee der Verschlüsselung des grenzüberschreitenden Empfangs im Bodenseeraum durch ORF und SRF. Dazu wurde folgende Resolution verabschiedet:

„Resolution Grenzüberschreitender Fernsehempfang der Sender ORF und SRF im Bodenseeraum.

Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee begrüsst die enge Kooperation der Anrainerstaaten in der Bodenseeregion in den Bereichen Politik, Kultur, Sport, Medien und vielen anderen Gebieten. Eine wichtige Voraussetzung für diese enge Kooperation und das gute nachbarschaftliche Miteinander unserer Bürgerinnen und Bürger in der Bodenseeregion ist die Möglichkeit, sich über gesellschaftliche, kulturelle und politische Vorgänge jenseits der Grenze zu informieren. Die Zugehörigkeit zu einem grenzüberschreitenden Sendebereich kann einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Identität am Bodensee leisten.

Vor diesem Hintergrund sieht die Parlamentarier-Konferenz Bodensee mit Sorge die Pläne des ORF, seine Fernsehkanäle jenseits der eigenen Landesgrenzen zu verschlüsseln. Dies gilt auch für Überlegungen des SRF, den Fernsehempfang in der Schweiz zu

optimieren, was aber nach Angaben des Senders zu leichten Beeinträchtigungen an den Randzonen des Sendegebiets führen könne.

Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee hat Verständnis dafür, dass eine Verschlüsselung aus lizenzrechtlichen Gründen insbesondere bei Spielfilmen erforderlich sein kann und der SRF den Empfang in der Schweiz optimieren will. Die Parlamentarier-Konferenz respektiert die Unabhängigkeit der Sender.

Im Hinblick auf das grosse Interesse der Bewohner der Bodenseeregion nach frei zugänglichen und unabhängigen Informationen aus den jeweiligen Nachbarstaaten, bittet die Parlamentarier-Konferenz Bodensee den ORF zu prüfen, ob zumindest Nachrichtensendungen und gegebenenfalls auch Eigenproduktionen weiterhin im Bodenseeraum empfangen werden können. Auch bittet die Parlamentarier-Konferenz den SRF, zu prüfen, wie im Rahmen der geplanten Optimierung des Fernsehempfangs in der Schweiz weiterhin der grenzüberschreitende Empfang im Bodenseeraum gewährleistet werden kann.

Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee gibt die Resolution den Sendern ORF und SRF zur Kenntnis.“

Anschliessend berichtete Peter Dehus (Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zum Sachstand der Fischereierträge am Bodensee. Dabei betont er insbesondere die qualitative und quantitative Problematik rund um den Felchenertrag.

Abschliessend beendete Baden-Württembergs Landtagspräsident Wilfried Klenk die Sitzung und übergab die Sitzungsglocke symbolisch an den Kanton Zürich, welcher im Jahr 2016 den Vorsitz der Parlamentarier-Konferenz Bodensee innehaben wird.

Präsidentenkonferenz vom 26. Juni 2015 in Langenargen, Schloss Montfort

Die alljährliche Präsidentenkonferenz fand im Berichtsjahr am 26. Juni in Langenargen im Schloss Montfort statt. Landtagspräsident Albert Frick musste seine Teilnahme aufgrund von anderweitigen Terminen leider absagen. Diese Treffen dienen zum einen der Pflege von bestehenden und zum anderen dem Knüpfen von neuen Kontakten sowie dem Ausbau des Netzwerkes innerhalb der Bodenseeregion.

Kostenaufstellung 2015

Die Kosten für die gesamte Delegation beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 7'621.90

Vaduz, im Februar 2016/PP

Albert Frick
Landtagspräsident und Delegationsleiter